

DBfK Südwest – Impulse für den Koalitionsvertrag 2026–2031 in Baden-Württemberg

Professionelle Pflege als Schlüssel für Versorgungssicherheit, Fachkräftebindung und moderne Gesundheitsstrukturen

Baden-Württemberg steht in den kommenden Jahren vor der Aufgabe, gesundheitliche Versorgung auch unter den Bedingungen von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und regionalen Versorgungsengpässen verlässlich sicherzustellen. Professionelle Pflege ist dabei kein nachgeordnetes Feld, sondern ein zentraler Teil der Lösung. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe – DBfK Südwest empfiehlt deshalb, Pflege im Koalitionsvertrag nicht nur als Personalthema, sondern als strukturelle Zukunftsfrage des Landes zu verankern. Das bisherige DBfK-Forderungspapier benennt hierzu acht Handlungsfelder; für die Koalitionsverhandlungen priorisieren wir vier Punkte, die landespolitisch anschlussfähig und praktisch umsetzbar sind.

1. Pflege auf Landesebene sichtbar und verbindlich steuern

Pflegepolitik ist in der Praxis oft auf mehrere Ressorts verteilt. Das erschwert Umsetzung, Priorisierung und Verantwortlichkeit. Baden-Württemberg braucht deshalb eine klar sichtbare, fachlich qualifizierte und ressortübergreifend wirksame Zuständigkeit für Pflege auf Landesebene.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir schaffen eine sichtbare und ressortübergreifend wirksame Zuständigkeit für Pflege auf Landesebene. Dazu richten wir eine hochrangige pflegfachliche Koordinierungs- und Beratungseinheit ein, die die Landesregierung in Fragen der pflegerischen Versorgung, Fachkräftesicherung, Bildung und Versorgungsentwicklung unterstützt – vergleichbar mit dem international etablierten Modell einer Chief Government Nurse, die pflegfachliche Expertise systematisch in politische Entscheidungsprozesse einbringt.“

2. Internationale Pflegefachpersonen schneller anerkennen, besser integrieren, länger im Beruf halten

Die pflegerische Versorgung hängt längst auch von internationalen Pflegefachpersonen ab. Damit internationale Pflegefachpersonen in Baden-Württemberg nicht nur gewonnen, sondern auch langfristig im Beruf gehalten werden, braucht es schnellere Verfahren, verlässliche Integrationsstrukturen und klare Unterstützung im Berufsalltag.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir beschleunigen die Anerkennung und berufliche Integration internationaler Pflegefachpersonen durch pflegespezifische Verfahrensverbesserungen, verlässliche Sprach- und Integrationsangebote sowie Unterstützungsstrukturen für Einrichtungen und

Kommunen. Dabei stärken wir die soziale Integration von Fachkräften und ihren Familien und fördern diskriminierungssensible Strukturen in Ausbildung und Praxis.“

3. APN und CHN in regionale Versorgungsstrukturen integrieren

Der gezielte Einsatz von Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) kann einen wirksamen Beitrag zur Stabilisierung der Gesundheitsversorgung leisten. Insbesondere bei chronischen Erkrankungen, in der sektorenübergreifenden Koordination und in regional unterversorgten Gebieten können diese Rollen helfen, Versorgungslücken zu schließen und bestehende Strukturen spürbar zu entlasten.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir stärken neue pflegerische Rollen in der Gesundheitsversorgung. Dazu fördern wir den Einsatz von Advanced Practice Nurses und Community Health Nurses in integrierten Gesundheitszentren und regionalen Versorgungskonzepten, insbesondere dort, wo Versorgungslücken bestehen oder sektorenübergreifende Koordination verbessert werden muss.“

4. Pflegebildung und Pflegeforschung als Infrastrukturfrage behandeln

Pflegebildung und Pflegeforschung sind eine Investition in die Versorgungsfähigkeit des Landes. Wer Studienkapazitäten, moderne Ausbildungsinfrastruktur, Pflegefachassistenz und pflegewissenschaftliche Forschung stärkt, schafft die Grundlage für Fachkräftesicherung, innovative Versorgungsmodelle und eine langfristig tragfähige pflegerische Versorgung in Baden-Württemberg.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir bauen Pflegebildung und pflegebezogene Forschung im Land bedarfsgerecht aus. Dazu stärken wir Studienkapazitäten, moderne Lehr- und Simulationsinfrastruktur, pflegewissenschaftliche Forschung sowie verlässliche Rahmenbedingungen für die Pflegefachassistenz und die generalistische Ausbildung.“

Gesprächsangebot

Der DBfK Südwest steht den Verhandler:innen kurzfristig für ein kompaktes Fachgespräch zur Verfügung, um diese Punkte mit Blick auf Zuständigkeiten des Landes, Umsetzbarkeit und mögliche Formulierungen für den Koalitionsvertrag zu konkretisieren.